

Antworten von

Julian Eder | Kandidat zur Bundestagswahl für DIE LINKE Wetterau

Eingegangen am 02.08.2017

Frage 1 FHBV

Sind oder waren Sie ehrenamtlich in einem Bereich der Flüchtlingshilfe engagiert? Was hat Sie bewogen dies zu tun oder auch nicht?

Julian Eder

Ja. 2015 und 2016 habe ich mich in Nieder-Wöllstadt im wöchentlichen Deutschunterricht engagiert. Ich habe gemeinsam mit anderen Jugendlichen einen Spielkreis für Wöllstädter Flüchtlingskinder aufgebaut. Nach einigen Wochen mussten wir das Projekt leider wiedereinstellen, da sich zu wenige Helfende fanden. Aufgrund meiner Abi-Vorbereitungen und meines zunehmenden politischen Engagements, habe ich meine regelmäßige Arbeit in der Flüchtlingshilfe letztes Jahr beendet. Durch meinen Vater und meinen Bruder, die nach wie vor den Deutschunterricht in NW organisieren, kriege ich dennoch vieles über die aktuelle Situation der Geflüchteten mit.

Zum Engagement bewogen hat mich einerseits die Solidarität der vielen ehrenamtlich Helfenden, die ich unterstützen wollte. Andererseits trieben mich aber auch die rechten Menschenfeinde und ihre Anschläge auf Flüchtlingsheime an. Diese Hetze konnte und kann ich nicht ertragen! Die „Flüchtlingskrise“ hat mich (unter anderem) politisiert. Durch die Situation der Geflüchteten wurde mir bewusst, dass ich auch aktiv politisch gegen die Festung Europa und für eine offene Gesellschaft kämpfen muss.

Frage 2 FHBV

Was halten Sie von der Behauptung, dass die zivilen Seenotretter im Mittelmeer das „Geschäft der Schlepper“ betreiben würden?

Julian Eder

Die Behauptung ist natürlich Unsinn! Zivile Seenotretter helfen Menschen in Not, retten Menschen vor dem Tod durch Ertrinken! Sie übernehmen den Job, den eigentlich die EU-Mitgliedsstaaten machen sollten!

Wenn man verhindern möchte, dass Menschen das Mittelmeer per Boot überqueren, dann hilft ein Exportverbot von Schlauchbooten nichts. Es müssen legale und sichere Zugangswege nach Europa geschaffen werden, dann müsste niemand mehr die Todesroute übers Meer wählen. Nur so lassen sich weitere Tote verhindern.

Die EU betreibt mit ihrer Abschottungspolitik das Geschäft der Schlepper! Nicht die zivilen Seenotretter!

Außerdem müssen Fluchtursachen endlich wirksam bekämpft werden. Dazu gehören das Ende von Auslandseinsätzen der Bundeswehr und das Verbot von Rüstungsexporten! In Syrien und im Jemen bspw. werden auch mit deutschen Waffen geschossen!

Frage 3 FHBV

Wie möchte Ihre Partei und Sie persönlich die Fluchtursachen in den afrikanischen Ländern bekämpfen?

Julian Eder

Die sog. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA's), die die EU mit Ländern Afrikas und der Karibik abgeschlossen haben, sind neoliberale Freihandelsabkommen. Diese zwingen die Länder Afrikas zur Marktöffnung. Das führt dazu, dass die afrikanischen Volkswirtschaften von den teilweise stark subventionierten europäischen Exporten niederkonkurriert werden. Das

zerstört die Wirtschaft vor Ort und steht der Bekämpfung von Armut und Hunger entgegen.

Die neoliberalen Konzepte der letzten 30 Jahre – Liberalismus, Privatisierung, Deregulierung – haben die Abhängigkeit und Verwundbarkeit der afrikanischen Volkswirtschaften vergrößert. Die LINKE will die Zusammenarbeit grundlegend verändern.

Die afrikanischen Regierungen sollen dabei unterstützt werden, staatliche Systeme der Bildung und Gesundheitsversorgung aufzubauen und alle notwendigen Dienstleistungen der Daseinsvorsorge vorzuhalten.

Frage 4 FHBV

Viele Bürgerinnen haben für geflüchtete Verwandte eine Verpflichtungserklärung abgeben. Ihnen wurde in Aussicht gestellt, dass sie nach deren Anerkennung aus der Verpflichtung entlassen würden. Trotz Anerkennung des Flüchtlingsstatus bei diesen Geflüchteten werden die verpflichteten Bürgerinnen von Seiten der Jobcenter weiterhin zur Kostenerstattung, insbesondere Sozialleistungen aufgefordert; dabei werden häufig fünfstellige Beträge fällig. Was werden Sie und ihre Partei tun, damit solche Bürgerinnen nicht über Gebühr individuell belastet werden?

Julian Eder

Die schwarzgrüne Landesregierung darf die FlüchtlingspatInnen mit der finanziellen Last nicht alleine lassen. Das hessische Innenministerium hat die FlüchtlingshelferInnen ganz offensichtlich falsch über die finanziellen Risiken der sog. Verpflichtungserklärung informiert, womit sie für die Kosten des Lebensunterhaltes der Schutzsuchenden bürgen.

Für die finanziellen Folgen der Falschinformation sollte das Land haften, nicht die HelferInnen. Die Landesregierung nicht den Jobcentern zuschieben. Die Kosten müssen vom Land übernommen werden.

Frage 5 FHBV

Wie werden Sie die vielen tausend Ehrenamtler im Land in der Flüchtlingsarbeit in den nächsten Jahren motivieren? Haben Sie sich persönlich über die Arbeit von ehrenamtlichen Tätigen in ihrem Wahlkreis informiert und wenn ja, wie?

Julian Eder

Ich habe großen Respekt vor der Arbeit der Ehrenamtlichen. Ich habe beim Wöllstädter Runden Tisch der Flüchtlingshilfe sehr viele Menschen kennengelernt, die sich mit viel Herz und sehr zeitaufwendig in der Flüchtlingsarbeit engagieren. Ohne die vielen Ehrenamtler hätte die Aufnahme von den vielen Geflüchteten in den letzten Jahren nicht funktioniert. Aufnahme und Integration sind jedoch Aufgaben, die langfristig nicht durch das Ehrenamt bewältigt werden können. Der Staat darf sich nicht aus der Verantwortung ziehen und die Arbeit und Kosten auf Freiwillige abwälzen. Von staatlicher Seite müssen Stellen zur Aufnahme, Verwaltung und Integration geschaffen werden.